



Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag von NRW: Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

Die Ruhrgebietskonferenz-Pflege begrüßt es ausdrücklich, dass sich die SPD für die Pflege im Land stark macht. Grundsätzlich teilen wir in sehr vielen Punkten die Analyse aus dem Antrag „Rettungsprogramm Pflege – Was NRW jetzt tun muss!“ und können den Einschätzungen der SPD-Landtagsfraktion zur aktuellen Situation in vielen Punkten zustimmen. Wir würden aber gerne einige ergänzende und vertiefende Hinweise für die hoffentlich in Gang kommende Debatte über dringend notwendige Korrekturen in der Pflegepolitik übermitteln.

Doch der Reihe nach:

1. „Finanzielle Absicherung der Pflegelandschaft“

Grundsätzlich finden wir gut und wichtig, dass der Antrag endlich das gerade laufende Sterben von Einrichtungen in den Fokus nimmt und Maßnahmen zur Problemlösung in die politische Debatte einbringt. Allerdings halten wir einen Schutzschirm nicht für ein geeignetes Instrument zur nachhaltigen Problembehandlung. Schutzschirme sind möglicherweise geeignet, um in einer kurzfristig auftretenden Notlage Unternehmen und Träger vor unmittelbaren Gefahren oder Schieflagen zu bewahren. Die aktuell „Misere“ in der Pflege ist keine solche Notlage. Sie ist Ausdruck eines Systemversagens.

Uns als Arbeitgeber in der Pflege erscheint es wichtig in diesem Zusammenhang den Blick darauf zu richten, was die Ursachen dafür sind, dass die Einrichtungen und Dienste trotz konstant hoher Nachfrage in Schieflage gekommen sind. Es ist offensichtlich, dass es in der Pflege systembedingte Mechanismen gibt, die schnellen, unbürokratischen und zielorientierten Maßnahmen entgegenstehen. In der stationären Pflege hat die Misere aus unserer Sicht mit dem GEPA und dem daraus folgenden Chaos in der Investitionskostenrefinanzierung begonnen. Stand „Heute“ haben wir für Einrichtungen, in denen bereits im Frühjahr 2023 neue Pflegesätze beantragt wurden, noch immer vielerorts keine Angebote vorliegen. In der ambulanten Pflege ist das Ringen um eine auskömmliche Vergütung in Zeiten von hoher Inflation und steigenden Personalkosten ebenfalls seit vielen Monaten im Gange. Sofern es dann irgendwann Angebote gibt, liegen diese unendlich weit von den tatsächlichen Ist-Kosten entfernt. Einrichtungen und Träger lassen sich aus der Not heraus auf Deals ein, um zumindest einen Teil der notwendigen Refinanzierung zu sichern, was in der Konsequenz jedoch zu finanziellen Schieflagen führt. Hier liegt aus unserer Sicht ein

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/1309

A01



Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag von NRW: Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

Systemversagen der Selbstverwaltung vor. Das Problem dabei: Politik schaut tatenlos zu. Hinweise aus der Praxis wurden und werden ignoriert! Genau hier sehen wir zwingenden Handlungsbedarf, wo Politik ansetzen und handeln muss

Das Prinzip der Begegnung auf Augenhöhe mit den Kostenträgern ist nicht zuletzt durch die strukturelle Überforderung und Überlastung von Schiedsstellen, Pflegesatzkommission o.Ä. schon lange nicht mehr vorhanden. Unternehmen erleben im Alltag, dass Kostenträger auf Mahnungen von Trägern und mit ihnen verbundenen Dienstleistern schlichtweg einfach nicht reagieren. Kleine und mittlere Träger, die mit Inkasso-Dienstleistern arbeiten, erhalten Abrechnungen von Kostenträgern zurück und müssen sich dann im Nachgang wiederholt mit ihnen über teilweise unverständliche und unbegründete Nachfragen auseinandersetzen. Dieser Aufwand kostet den Einrichtungen Zeit und Geld. Nicht selten werden Rechnungen nicht bezahlt, da beispielweise die Genehmigung einer Verordnung nicht korrekt erstellt wurde, was nicht in der Verantwortung der Unternehmen liegt. Nicht selten werden Personalmangel oder Krankheit als Begründung dafür ins Feld geführt (bestes Beispiel die Knappschaft). Die Kostenträger müssen sich endlich wie „ehrbare Kaufleute“ verhalten und ihren Verpflichtungen nachkommen. Da muss sich die Landesregierung mit viel mehr Druck auf die Selbstverwaltung einbringen.

Die Verpflichtung zur Tariftreue haben wir als Arbeitgeber ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Es muss aber garantiert sein, dass vorgeschriebene Vergütungserhöhungen verbindlich und zeitnah über Pflegsätze und Punktwerte refinanziert werden können. Die Berechnung des regional üblichen Entgelts muss überdacht werden. Es bildet immer das Tarifgeschehen des Vorjahres ab und hinkt somit immer ein Jahr hinterher, so dass die Einrichtungen mit regional üblichem Entgelt weiterhin vorfinanzieren müssen. Gerade kleinen und mittleren – insbesondere ambulanten – Unternehmen ist eine solche Vorfinanzierung oft nicht möglich.

Grundsätzlich muss der Investitionsbegriff in der Pflege verändert/erweitert werden. Investitionen in digitale Anwendung müssen beispielsweise so refinanzierbar gemacht werden, um aus der ewigen „Projektitis“ herauszukommen. Modellprojekte gibt es genug. Digitale Lösungen müssen in die Fläche und das geht nur über ein entsprechendes Investitionsgeschehen. Das betrifft auch die Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Die Refinanzierung für Neubauten ist nicht ausreichend und muss dringend der Marktlage angepasst werden. So werden keine neuen Immobilien mehr



Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag von NRW: Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

gebaut. Schon heute laufen Ausschreibungen für zusätzliche Pflegeplätze in Kommunen und Landkreisen ins Leere. Die energetische Sanierung der Bestandsimmobilien ist ebenfalls ein riesiges Thema und wird nicht angegangen. Hier liegen in Sachen Klimaschutz enorme Potenziale brach.

Ein weiteres „Bau“-Thema ist der Brandschutz, der sich vielerorts verselbstständigt hat. Die Brandschutzmaßnahmen sind nicht nur Kostentreiber, sie verhindern zudem eine wohnliche Gestaltung der Einrichtungen.

Ein weiteres Thema, das mittelbar zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Pflegelandschaft beitragen kann, ist die längst überfällige Reduzierung der Bürokratie und des damit verbundenen Prüfgeschehens. Die zahlreichen - zum großen Teil sinnlosen - Meldungen und das Erstellen von Konzepten muss endlich aufhören. Zudem müssen Prüfungen reduziert und besser aufeinander abgestimmt werden.

Um das Problem der explosionsartig steigenden Eigenanteile in der Pflege zu beheben, braucht es einen grundlegenden Systemwandel, wie ihn Minister Karl-Josef Laumann ja schon einmal in den Blick genommen hat, als er eine „Pflegevollversicherung“ gefordert hat.

Pflege gehört selbstverständlich in den Deutschlandpakt, aber es braucht auch in NRW eine bessere Kooperation der (politischen) Entscheider mit den Praktikern vor Ort. Es sollte unseres Erachtens daher zeitnah eine entscheidungsfähige Taskforce, bestehend aus Vertretern der Politik, Kostenträger und Leistungsträgerseite, geschaffen und mit der Erarbeitung kurz-, mittel- und langfristiger Lösungsschritte beauftragt werden! Auf die Mitarbeit der Ruhrgebietskonferenz-Pflege können Sie zählen.

2. Sicherstellung einer qualitativen Pflegeausbildung

Problematisieren müssen wir aus Sicht der Langzeitpflege auch die generalistische Ausbildung. Die Praxis zeigt, dass ein Großteil der Auszubildenden nach dem Examen die Altenhilfe verlassen und sich für den fast durchweg besser bezahlten Krankenhaus- und Klinikbereich entscheiden. So werden wir auf Dauer die Qualität in den Einrichtungen und Diensten nicht gewährleisten können.

Die Qualität der Ausbildung insgesamt hat sich in den letzten Jahren deutlich professionalisiert. Nicht zuletzt durch den Fokus auf die betriebliche Begleitung durch Praxisanleiter*innen. Hierbei stellen wir aber auch fest, dass



Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag von NRW: Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

viel Auszubildende Problemlagen und Herausforderungen mitbringen, die innerbetrieblich und durch Praxisanleiter*innen nicht lösbar sind.

Es braucht Integrations- und Berufsvorbereitungsangebote in der Fläche (nicht nur bei einzelnen Akteuren, die persönlich gut vernetzt sind). Ausbildung muss außerdem eine stärkere Binnendifferenzierung ermöglichen. Die Lernstände und Kompetenzen (sprachlich, emotional und sozial) sind so unterschiedlich, dass eine stärkere Aufgliederung der Lerngruppen unumgänglich erscheint. Außerdem benötigen viele Auszubildende Unterstützung bei der Bewältigung sozialer und kultureller Probleme, die vom Regelpersonal in den Einrichtungen und Schulen nicht leistbar ist.

Besonders die ehemaligen Fachseminare für Altenpflege benötigen eine Digitalisierungsoffensive und eine damit verbundene nachhaltige Finanzierung von digitalen Investitionen und den mittel- bzw. langfristigen Betriebskosten.

Die Pflegeschulen brauchen perspektivisch viel mehr ausgebildetes Lehrpersonal, damit Kurse in Zukunft nicht mehr wegen Lehremangel ausfallen. Der Ausbau von geeigneten Studiengängen sollte unbedingt forciert werden.

3. Pflegende Angehörige besser unterstützen

Neue Wohnformen stehen wegen der stark steigenden Personalkosten gerade unter massivem Kostendruck und die Nutzerinnen erhalten kein Pflegegeld, was den Anbietern einen extremen Wettbewerbsnachteil gegenüber stationären Einrichtungen einbringt. Die Zahl der Schließungen und Insolvenzen wird so absehbar stark steigen.

Kurzzeit- Tages- und Nachtpflegeangebot leiden ganz besonders unter den Nachwirkungen der Corona-Pandemie und dem sich zuspitzenden Fachkräftemangel. Außerdem sind sie chronisch unterfinanziert und für die Tagespflege braucht es neue, niederschwellig zu organisierende, Konzepte.

Die Idee einer Gemeindegeschwester + halten wir für zukunftsweisend. Angesichts der Erfahrungen aus anderen Bundesländern (insbesondere Rheinland-Pfalz) scheint es uns nicht notwendig, dazu weitere Modellprojekte auszuschreiben. Das Konzept gehört in die Fläche. Ob die Anbindung an Pflegestützpunkt der richtige Weg ist, sei einmal dahingestellt. Die Etablierung der „Community-Health-Nurse“ steht im Koalitionsvertrag der Landesregierung, ist bisher aber noch nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Die Uni Witten-Herdecke hat gerade mangels Nachfrage einen entsprechenden Studiengang wieder eingestellt. Das Konzept macht aber nur Sinn, wenn



Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag von NRW: Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

die Anbindung dieser Kräfte an das Gesamtsystem sinnvoll geklärt ist und eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt ist. Beispiele wie das Gesundheitszentrum Essen-Stoppenberg und die Pflegekioske im Essener Norden sind richtungsweisende Modelle, die aber schnellstmöglich ausgerollt werden sollten.

Es gehören dringend mehr digitale Anwendungen in die Pflege. Die Technik steht zur Verfügung, man muss sich aber über die Investitionen (siehe oben) im Klaren sein. Die Umrüstung von Wohnungen ist bereits möglich und auch die Finanzierung steht (zum Teil zumindest) zur Verfügung. Es braucht aber mehr Aufklärung, Beratung und Umsetzungshilfen. Digitale Diagnostik und Hausbesuche sind längst erprobt und ihre Wirksamkeit ist nachgewiesen. Hier braucht es in der Tat eine echte Digitalisierungsoffensive, damit vorhandene Technik endlich allen Nutzer*innen zur Verfügung steht. An der Bereitschaft der Pflege wird das nicht scheitern. Genauso wichtig wie die Digitalisierung in der Versorgung scheint und die Digitalisierung bei den Kostenträgern. Genehmigungsverfahren, Bewilligungen und allgemeiner Schriftverkehr könnte so beschleunigt bzw. vereinfacht werden.

4. Pflegeberuf stärken und wieder zu einem Traumjob machen

Pflege ist für die meisten Menschen, die sich eine Tätigkeit in diesem Berufsfeld ausgesucht haben, ein Traumjob. Hier haben in den letzten Jahren viele positive Entwicklungen stattgefunden. Über 10 % aller Schulabgänger haben sich für einen Gesundheitsberuf entschieden. Viele Quereinsteiger*innen gehen nach Vorerfahrungen in anderen Berufsfeldern bewusst und gerne in die Pflege. Eine bessere Bezahlung der Pflege wird „traditionell“ in jedem Forderungskatalog zur Attraktivitätssteigerung aufgeführt. Dazu wollen wir klarstellen: Die Bezahlung ist gut! Aktuell werben zahlreiche Träger mit der vergleichsweise guten Vergütung. In keiner anderen Branche werden so hohe Ausbildungsvergütungen bezahlt und der Pflege-Mindestlohn liegt - insbesondere in NRW - weit über dem bundesweit gültigen gesetzlichen Mindestlohn.

Solche Botschaften gehörten in eine „Personaloffensive“ in NRW. Personaloffensive gerne, aber bitte nicht mit dem „Ziel“, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ein solche Kampagne würde immer erst wieder einmal die aktuellen Bedingungen als abschreckend beschreiben. Das hat die Pflege schon lange nicht mehr verdient. Im Rahmen einer Personaloffensive müsste sich die Landesregierung für einen verbindlichen Zugang zu den



Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag von NRW: Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

allgemeinbildenden Schulen und eine auf Dauer angelegte positive Kommunikation über Pflegeberufe einsetzen. Wir brauchen darüber hinaus unbedingt eine engere Vernetzung der Arbeitsagenturen, Jobcenter und Transfergesellschaften mit den Arbeitgebern und Bildungsträgern in der Pflege. Darauf sollte die Landesregierung einwirken.

Damit die Integration von ausländischen Fach- und Arbeitskräften endlich gelingt, brauchen wir flächendeckende „Pflege-Integrationszentren“, die Menschen ziel- und passgenau in die Berufsfelder der Pflege vermitteln. Die gerade laufenden Initiativen sind universell und unspezifisch. Allgemeine Initiativen (wie gerade auf den Philippinen oder in Brasilien) zur Gewinnung von Fachkräften für die Pflege helfen den Unternehmen der ambulanten- und stationären Pflege nicht. Dazu sind die Gehaltsunterschiede gegenüber den Krankenhäusern und Kliniken zu groß. So erhalten Pflegeunternehmen keine echte Unterstützung.

NRW muss dringend an der Kompetenzerweiterung für die Pflege (mit-)arbeiten. Die zahlreichen Spezialisierungsmöglichkeiten in der Pflege sind bislang weder ordnungs- noch leistungsrechtlich ausreichend berücksichtigt. Hier haben viele Unternehmen in Qualifizierung investiert, doch die Umsetzung in die Praxis – die auch zu einer Aufwertung des Berufsfeldes Pflege führen würde – lässt auf sich warten. Das betrifft auch die Vergütung. Es betrifft aber auch die Anerkennung von vorhandener Expertise. Wir haben in vielen Bereichen schon Expert*innen, die durch ihre jahrelange Arbeit in den spezialisierten Bereichen (Wunde, Palliativversorgung, Demenz etc.) einen großen Erfahrungs- und Wissensschatz erarbeitet haben. Es macht keinen Sinn, diese Menschen alle noch einmal an die Universitäten zu schicken.

Strategien zur Prävention vor Gewalt und Anfeindungen sind wünschenswert, aber nur dann hilfreich, wenn sie auch mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden können. Viel Betriebe haben sich schon lange auf den Weg gemacht. Es gibt Angebote zur Unterstützung, die bekannter gemacht werden könnten und deren Kosten für Unternehmen refinanziert werden sollten (was einzelne Kassen ja auch tun). Dabei geht es nicht um weitere Handreichungen, die mit der Gießkanne in die Betriebe gebracht werden.

Grundsätzlich erwarten wir als Arbeitgeber in der Pflege keine Nothilfen und Schutzschirme, sondern ehrliche und nachhaltige Wertschätzung. Ausdruck von Wertschätzung ist – neben der Sicherstellung einer Finanzierung,



Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag von NRW: Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

die qualitätsgeleitete Arbeit ermöglicht - Vertrauen. Wir brauchen eine Politik, die unserer Gesellschaft ein Gefühl von Sicherheit vermittelt. Wir tragen als Pflegeunternehmen zur Versorgungssicherheit bei. Wir können Pflege und leisten doch noch viel mehr – Trust in Care!

Duisburg/Mülheim/Gelsenkirchen im März 2024

Ulrich Christofczik (Geschäftsführer der Evangelische Dienste Duisburg und Sprecher der Ruhrgebietskonferenz-Pflege)

In Zusammenarbeit mit:

Christian Westermann (Geschäftsführer der Engel vonne Ruhr)

Roland Weigel (Ruhrgebietskonferenz-Pflege)